



Niedersachsen  
packt an

## „Werkstatt Wohnen und Leben“

---

Follow Up zur Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ (29.08.2016)

am 16. August 2018 / Altes Rathaus Hannover

– Konferenzdokumentation –

### Allgemeiner Hintergrund der Konferenz

Begrüßung von Ministerpräsident Stephan Weil: „Niedersachsen hat angepackt“ und „Eine ermutigende Zwischenbilanz“

Vorstellung von fünf niedersächsischen Projekten mit den Ergebnissen der III. Integrationskonferenz ‚Werkstatt Wohnen und Leben‘: „Echte Zusammenarbeit, Nachbarschaft stärken, Angebote gestalten, Bündnisse schmieden“

Statements von Frank Doods, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz: „Das Thema wird uns auf lange Zeit begleiten“

Die Wohnungsbranche stellt sich den Herausforderungen: „Niedersachsen packt weiter an“: „Andere Rahmenbedingungen, Gemeinwesenarbeit, interdisziplinäre Ansätze und Verstetigung und das Miteinander in sozialen Quartieren fördern“

### Fazit und Ausblick

Kontakte zu den Projekten und Mitwirkenden der Konferenz



## Allgemeiner Hintergrund der Konferenz

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ hat am 16. August 2018 in das Alte Rathaus nach Hannover eingeladen, um im Rahmen eines so genannten **Follow Up** eine aktuelle Nachschau auf die Integrationskonferenz „Werkstatt Wohnen und Leben“ (August 2016) und vier korrespondierende Regionalkonferenzen (in 2017) durchzuführen.

Der Einladung folgten rund 200 Gäste aus ganz Niedersachsen, die sich rege an den Themen der Konferenz beteiligten. Ermöglicht wurde dies schon während der Veranstaltung durch ein digitales Interaktionstool. Mit Hilfe des Smartphones konnte das Publikum unmittelbar auf die von Moderator Ulrich Walter genannten Stichpunkte reagieren, wodurch ein sofortiges Feedback möglich wurde. Die aktuell relevanten Themen wurden auf eine Leinwand hinter die anwesenden Diskussionsteilnehmer projiziert. Screenshots innerhalb der Dokumentation verdeutlichen den Ablauf und die sich verschiebenden Schwerpunkte der Diskussion.

Die Versorgung mit Wohnraum ist neben der Vermittlung der deutschen Sprache und der Arbeitsmarktintegration ein wichtiger Faktor für die Integration geflüchteter Menschen. Die Städte und Gemeinden haben die Herausforderung der Erstaufnahme erfolgreich gemeistert. Die eigenen vier Wände und eine gute Nachbarschaft sind Grundvoraussetzungen für den Erfolg von Integration. Ziel ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen für alle Bevölkerungsgruppen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, der auch den zugewanderten Menschen zu Gute kommt.

Welche Konzepte, Ideen und Ansätze sind erfolgreich? Welche Erfahrungen wurden bei der Umsetzung integrativer Projekte gemacht? Daneben interessierte uns: Wie können Sozialräume im Quartier entstehen, Familien gefördert und gute Nachbarschaften begründet und gestärkt werden?

## Die Begrüßung von Ministerpräsident Stephan Weil: „Niedersachsen hat angepackt“ und „Eine ermutigende Zwischenbilanz“



„Es war eine extrem herausfordernde Zeit“, so Ministerpräsident Stephan Weil zu Anfang seiner Begrüßung, „als am 5. September 2015 die Entscheidung getroffen wurde, die syrischen Demonstranten von den ungarischen Autobahnen herunter zu holen. Damals hat sich unsere Gesellschaft verändert.“ Doch die anfänglich „romantische Phase“ mit den Begrüßungsschildern ‚Refugees Welcome‘, „als die Menschen mit Beifall auf den Bahnhöfen begrüßt wurden“, war schnell zu Ende. „Dann stellte man fest, dass so viele Menschen kamen, dass unser Staat erkennbar nicht gut vorbereitet gewesen ist. Schon damals hat das Thema Unterbringung eine absolut dominante Rolle gespielt. Es ging um ein Dach über dem Kopf. Es mussten über Nacht Unterbringungsmöglichkeiten aus dem Boden gestampft werden. Manche gut, manche schlecht. Ich erinnere mich, dass ich eine Einrichtung besucht habe, die in einem ehemaligen Hochregal-Lager untergebracht war. Das war kein Ruhmesblatt für unseren Staat, aber eine Sternstunde der Zivilgesellschaft. Unglaublich viele Leute haben einfach mit angepackt.“

Aus dieser Einstellung heraus, ist im November 2015 das Bündnis „Niedersachsen packt an“ entstanden. Es ist eine gemeinsame Initiative der beiden großen christlichen Volkskirchen, des DGB, der Unternehmerverbände, der kommunalen Spitzenverbände und des Landes. Dieses Bündnis umfasst heute mehr als 330 Organisationen und mehr als 2.500 Menschen – „das gesamte verfasste Niedersachsen“, so Weil.

Der Kerninhalt lautet nach Weil wie folgt:

1. „Niedersachsen ist ein weltoffenes Land. Wir werden uns nicht in eine Wagenburg zurückziehen und wollen uns nicht abschotten.“
2. Wir wollen die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe stärken. Das war damals leicht gesagt. Heute hat das ein anderes politisches Gehalt. Ich höre immer wieder, dass sich engagierte Menschen heute rechtfertigen müssen für das, was sie tun. Das kann nicht angehen. Die Menschen, die wertvolle Arbeit leisten, müssen gesellschaftliche Unterstützung und die ihres Staates haben.“
3. Wir haben uns vorgenommen zusammen zu arbeiten, voneinander zu lernen, aber, wo es geht, auch gemeinsam Konzepte zu schnitzen, wie die Aufnahme und die Integration möglichst gut gelingen kann.“

Bezogen auf den derzeitigen Stand am Arbeitsmarkt ergänzte der Ministerpräsident, dass „viele die zu uns gekommen sind, einen Anspruch auf Asyl und einen Zugang auf den deutschen Arbeitsmarkt haben, viele andere aber auch kein Schutzrecht. Wir haben einen eklatanten Fachkräftebedarf.“ Es sei eine Frage der Vernunft, dass Menschen, die hier eine Ausbildung gemacht und einen Arbeitsplatz haben, hier auch bleiben sollten, führt Weil bezogen auf den sogenannten „Spurwechsel“ aus. Erfreulich sei, dass jede(r) Vierte, der gekommen ist, inzwischen arbeitet. „Das ist eine ermutigende Zwischenbilanz“, so Weil.



Weil räumt ein, dass „der Wohnungsmarkt unter Druck steht, und zwar zunehmend auch in den ländlichen Räumen. Das ist eine komplizierte Aufgabe und wir werden auf die städtebauliche Qualität achten müssen.“ Es könne nicht allein darum gehen „die reine Größe zu fördern“, denn das „birgt viel Konfliktstoff.“

### Was braucht gelingende Integration im Bereich Wohnen und Leben?



**Vorstellung von fünf niedersächsischen Projekten mit den Ergebnissen der III. Integrationskonferenz ‚Werkstatt Wohnen und Leben‘: „Echte Zusammenarbeit, Nachbarschaft stärken, Angebote gestalten, Bündnisse schmieden“**



*Auf dem Podium (v.l.n.r.): Frank Auracher, Claudia von der Heyden-Rynsch, Volker Grendel, Günter Wigbers, Chanel Habermann und Moderator Ulrich Walter.*

**Die ERSTE TALKRUNDE fand statt unter dem Titel: „Projekte, Ergebnisse und Erfahrungen der III. Integrationskonferenz Werkstatt Wohnen und Leben“**

**Chanel Habermann von A.B.S. – Arbeit, Bildung & Soziales e.V. aus Dannenberg im Landkreis Lüchow-Dannenberg: Das Zukunftszentrum - von und für Menschen gemacht!**

Habermann leitet das Zukunftszentrum in Dannenberg, das sich als erste Anlaufstelle und Begegnungsstätte für geflüchtete Menschen anbietet, um so Beratung und Hilfe zu bieten. Für sie ist es ganz wichtig, „Menschen aus ihrer persönlichen Isolation herauszuholen“. Das gilt sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für Deutsche, da viele Menschen vereinsamen würden. „Wir wollen die Nachbarschaft stärken, Angebote gestalten und Projekte initiieren, um so ein soziales Gefüge und eine Gemeinschaft zu entwickeln. Unsere Stadtteil-Manager/innen sprechen die Leute an und stellen unsere Angebote vor. So werden sie ermutigt vorbeizukommen. Alles ist sehr niedrigschwellig. So ergibt sich eine offene, schöne Atmosphäre.“ Habermann ergänzt, dass die Menschen erkennen müssen, dass „wir sie wertschätzen und so annehmen, wie sie sind.“

**Günter Wigbers, Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Sögel im Emsland: Die Bürgergenossenschaft**

Wigbers hat das Willkommensbüro für Geflüchtete eingerichtet, die „Willkommen in Sögel e.G.: Bürgergenossenschaft für Menschen in Not“ geschaffen und damit drei Wohnhäuser finanziert. Als im Herbst 2015 die Situation entstand, dass Geflüchtete in einer Großraumturnhalle untergebracht waren, wurde der Bürgermeister aktiv. „Wir haben ein Mikrobündnis geschmiedet, alle an einen Tisch geholt, die Kirchen, den Wirtschaftsverband und die politischen Parteien. Wir haben eng zusammengearbeitet, eine Genossenschaft gegründet und unsere Bürgerinnen und Bürger eingeladen. 400 Menschen sind gekommen. Innerhalb von drei Monaten wurde eine Genossenschaft mit 250 Personen gegründet, die zusammen 1,4 Millionen Euro an Gesellschaftsanteilen gezeichnet haben. Wir haben nochmal das Gleiche als zinsloses Darlehen von der KfW bekommen und für 2,8 Millionen Euro drei Mehrfamilienhäuser gebaut. Wir haben mit einem dezentralen Ansatz in langfristig gut vermietbaren Lagen so 23 Wohnungen geschaffen.“ Die Bürgergenossenschaft beherbergt heute ein Drittel der in Sögel ansässigen Geflüchteten und übernimmt damit eine große, gesellschaftliche Aufgabe.



Auf die Frage, wie das Geschäftsmodell mit den Renditeerwartungen seiner ‚Investoren‘ vereinbar sei, sagt Wigbers: „Die Bürgerinnen und Bürger waren solidarisch. Alle haben mit angepackt. Die Genossenschaftsversammlung hat entschieden, dass wir nur bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen, und daher auf eine gewisse Rendite verzichtet.“

#### Volker Grendel vom Fachbereich Gesundheit und Soziales der Stadt Emden: Das Projekt Quartiersbrücken

Da es in Emden mehrere städtische Gebiete mit einer sehr heterogenen Struktur gibt, so wie etwa den Stadtteil Borßum, der einen starken Zuzug von Geflüchteten aufweist und in dem viele ältere Menschen leben, entstand das Projekt „Quartiersbrücken“. „Wir haben dank einem Monitoringsystem herausgefunden, wo wir in der Stadt sozial integrativen Entwicklungsbedarf haben“, so Grendel. „In diesen Quartieren werden wir tätig. Wir haben ein dezentrales Unterbringungssystem umgesetzt. Wir haben Wohnraum in allen Stadtteilen - insgesamt über 100 Wohnungen, über das Stadtgebiet verteilt - angemietet. Jetzt folgen eine Vernetzung der Quartiere, ein Wissenstransfer und eine Zusammenfassung der Organisation.“

#### Claudia von der Heyden-Rynsch von der Samtgemeinde Sickte im Landkreis Wolfenbüttel: „Miteinander BUNT e.V.“

Geflüchtete und Asylbewerbende werden hier von ehrenamtlich tätigen Patinnen und Paten, die unter dem Motto „Miteinander BUNT“ aktiv sind, betreut. „Wir haben 70 Vereinsmitglieder, die in der Samtgemeinde Sickte wohnen. 152 Geflüchtete sind bei uns dezentral in den Kommunen untergebracht“, so Claudia von der Heyden-Rynsch. Es wurde ein Gemeinschaftsgarten angelegt und dank erheblicher Mittel vom Asse Fonds, ein Haus im Kleingartenverein ausgebaut, das zu einem Zentrum für alle Interessenten werden soll. Außerdem entstand der Second Hand Laden „Bunte Diele“.

„Wir kommen weg vom ‚Kümmern‘ und machen viele Dinge gemeinsam“, so die Vorstandsvorsitzende von Miteinander BUNT e.V. „Ganz viele Geflüchtete landen in Arbeit, weil dahinter engagierte Ehrenamtliche stehen. Niedersachsen hat echt angepackt.“ Es könne aber nicht sein, dass wir nicht bei der Ausländerbehörde oder beim Jobcenter vorgelassen werden. Das ehrenamtliche Engagement gehe ihrer Ansicht nach u.a. zurück, weil im Umgang mit Behörden Enttäuschungen und Frustrationen entstanden seien. „Wir wollen kein Schulterklopfen mehr, sondern anerkannt werden. Wir schieben im Moment diejenigen ab, die besonders gut integriert sind.“ Der Spurwechsel, so Heyden-Rynsch, sei so wichtig für viele Menschen, die sich hier eine Perspektive erarbeiten wollen.



#### Frank Auracher vom Stadtteilbüro Nordstadt in Hildesheim: „Der integrative Gesundheitstreff“

Auch in der Hildesheimer Nordstadt stellt das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Regionen - aufgrund der Heterogenität - eine besondere Herausforderung dar. Nach Angaben von Frank Auracher leben dort knapp 11.000 Einwohner/innen. „Im Jahr 2014 wurde ein Leitbild für diesen

Stadtteil entwickelt, in dem wir thematisieren, dass es bestimmte Dinge gibt, die alle, die dort leben, interessieren“, so Auracher. „Eins davon ist Gesundheit.“ So entstand der „integrative Gesundheitstreff“, in dem es um Bewegung, Ernährung sowie Beratungsgespräche geht. Außerdem merkt Auracher an: „Wir möchten gern ein Stück weit von der immer währenden Projektförderung weg kommen und sind der Meinung, dass der Mainstream, also die guten Schulen und die besonders guten Kitas, in diesen Stadtteilen gefördert werden muss“, so Auracher weiter.



Auf die an das Publikum gerichtete Frage: **Was sind für Sie die interessantesten Aspekte an diesen Projekten?** entstehen die folgenden Thesen, Begriffe in der Cloud:



Die Schlagworte: „langfristig“, „Förderung“, „bezahlbarer Wohnraum“, „Gemeinwesenarbeit“ und „Finanzierung“ erscheinen im Verlauf der Diskussion vordringlich.

Aufgrund der neu erscheinenden Schlagworte auf der Leinwand veränderten sich die Themenschwerpunkte der Konferenz. So merkte Volker Grendel an, dass eine Förderung für nur 1 1/2 Jahre extrem kurz sei. Projekte hingegen mit einer Laufzeit von drei Jahren wären gut, „um dann in Richtung Verstetigung zu gehen.“ Claudia von der Heyden-Rynsch weist darauf hin, dass „die Anträge auf Förderung sehr kompliziert sind“ und betont, dass jede „hauptamtliche Arbeit einen Anfang und ein Ende hat, die ehrenamtliche nie. (...) Manche fangen erst an, wenn Feierabend ist.“

Die Schlagworte: „Bürokratie“, „Sprachkurse“, „Wohnungsbau“, „Finanzierung“ und „Verstetigung“ erscheinen nun vordringlich.

Günter Wigbers berichtet, dass fest etablierte Strukturen unglaublich wichtig sind: „Ich hatte Ende 2016 das Gefühl, dass wir mehr Sozialpädagog(inn)en in Arbeit gebracht haben als Flüchtlinge. Bei uns sind alle Personen in einer Dropbox erfasst. Wir wissen an jedem Tag, was ein Flüchtling macht. Die Strukturierung der Flüchtlingsarbeit hat dazu geführt, dass wir jetzt ein Drittel der Geflüchteten in Arbeit haben.“ Für Frank Auracher liegt der Fokus darauf, dass „wir nur weiterkommen, wenn wir die gesamte Stadtentwicklung in den Blick nehmen. Wir haben auch einen dezentralen Ansatz durchgeführt, aber der stößt jetzt an massive Grenzen.“

### **Statements von Frank Doods, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz: „Das Thema wird uns auf lange Zeit begleiten“**



### **„Die nächsten Schritte“ - Moderator Ulrich Walter im Interview mit Frank Doods**

„Ohne das Ehrenamt geht es nicht“, so Staatssekretär Frank Doods. Er konstatierte weiterhin: „das Thema der Geflüchteten wird uns auf lange Zeit begleiten.“ Die Herausforderung bestehe nun darin, wie man „dauerhaft Strukturen“ schaffen kann, die allen nützen. Danach erfolge die Kooperation mit den Hauptamtlichen. Die Landesförderung Gemeinwesen und Quartiersmanagement läuft zum Ende des nächsten Jahres aus. Er weist darauf hin, dass die Nachfolgeförderung „Gute Nachbarschaft“ bereits angelaufen ist; die Zusage von Seiten des Finanzministeriums stehe derzeit noch aus. „Wir stehen an der Schwelle parlamentarischer Verfahren“, bekräftigt Doods und gibt sich optimistisch: „Wir haben gute Perspektiven, was den Bund angeht. Er wird sich weiter engagieren. Wir als Land werden auch einen Weg finden, sobald die Etreife gegeben ist.“ Auf die Frage, was man im Hinblick auf die Ressentiments gegenüber Geflüchteten tun kann, betont Doods, hier sei es umso wichtiger, sich deutlich zu positionieren: „Man muss Haltung zeigen.“

**Die Wohnungsbranche stellt sich den Herausforderungen: „Niedersachsen packt weiter an“: „Andere Rahmenbedingungen, Gemeinwesenarbeit, interdisziplinäre Ansätze und Verstetigung und das Miteinander in sozialen Quartieren fördern“**



Auf dem Podium (v.l.n.r.): Staatssekretär Frank Doods, Petra Broistedt, Angelika Kleideiter, Karin Stemmer, Lorenz Hansen und Moderator Ulrich Walter.

**Die ZWEITE TALKRUNDE stand unter dem Titel: „Niedersachsen packt an – die nächsten Schritte“**

„Wir können wirtschaftlich keinen bezahlbaren Wohnraum mehr bauen. Das hat viele Gründe mit vielen Verursachern.“ Mit diesem deutlichen Statement, eröffnet Lorenz Hansen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Firma Gundlach Bau und Immobilien GmbH & Co KG, die Diskussionsrunde zu Perspektiven und nächsten Schritten als Vertreter der Wohnungswirtschaft. Er verweist auf „deutliche Kostentreiber“ und die „hohen Ansprüche an das Wohnen, an Gestaltung, Energie, Brandschutz, Schallschutz usw. In Zukunft müssen z.B. alle Wohnungen barrierefrei sein. Das ist begrüßenswert und wünschenswert, kostet aber viel Geld. Wir müssen alle miteinander diskutieren, wie wir das bezahlbare Bauen wieder ermöglichen können, weil wir es jetzt nicht mehr können.“ Er fügt hinzu, dass die Durchschnittsmiete in Hannover deutlich unter 7 Euro liegt, bei einem Neubau aber auf 11 bis 14 Euro ansteigt. Er wünscht sich eine bessere Unterstützung für den geförderten Wohnraum.



Auch Karin Stemmer, Vorsitzende des vdw-Fachausschusses Quartiersentwicklung, Vorstand der Braunschweiger Baugenossenschaft e.G., beklagt für den Standort Braunschweig, dass „die Baukosten davonlaufen.“ Die technischen Rahmenbedingungen und die gesetzlichen Anforderungen seien schwierig. „In Braunschweig bewegen wir uns im Mietendurchschnitt in der Regel unter der öffentlich geförderten Miete von 5,60 Euro. Das Unternehmen hat 6.500 Wohnungen, der Mietendurchschnitt liegt aktuell bei 5,53 Euro. Wir brauchen andere Rahmenbedingungen und eine andere Förderarchitektur. Mieten von 5,60 Euro können wir nicht wirtschaftlich darstellen.“, so Stemmer.

Petra Broistedt, Stadträtin der Stadt Göttingen, berichtet von einem lokalen Bündnis für bezahlbares Wohnen. Bis zum Jahr 2030 sollen 5.000 Wohnungen entstehen, 30 % davon ‚bezahlbar‘. „Wir haben uns mit der Bauwirtschaft darauf verständigt, dass bei Neubauprojekten ab zwölf Wohneinheiten 30% (der Wohnungen) bezahlbar sein müssen. Das heißt 5,60 Euro für untere Einkommensgruppen. Dafür haben wir als Kommune eine Anreizförderung geschaffen. Wir hoffen im Gegenzug auf höhere Darlehensnachlässe.“



Karin Stemmer ergänzt: „Wir haben es versäumt, eine Wohnungspriorität nachhaltig zu betreiben, die es ermöglicht, Jemandem, der 40 Stunden arbeiten geht, ein bezahlbares Dach über dem Kopf anbieten zu können. Wenn wir Wohnungspolitik betreiben wollen, brauchen wir riesige Förderolumina auf Landesebene. Wir bauen öffentlich gefördert und an vielen Stellen akzeptieren die Kommunen die Kosten der Unterkunft für diese geförderten Wohnungen nicht.“, weist Stemmer auf bestehende Diskrepanzen hin.

Angelika Kleideiter, Leiterin der Abteilung Soziale Dienste und Einrichtungen beim Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V. berichtet über eine Umfrage, die ein Marktforschungsinstitut im Auftrag der Caritas durchgeführt hat. Die Umfrage ergab, dass die Menschen mit dem Begriff „Wohnen“ bezahlbaren Wohnraum und bezahlbare Nebenkosten verbinden: „Gutes Wohnen heißt: Rückzugsmöglichkeit, Privatsphäre, Gäste empfangen zu können und gute Nachbarschaft zu haben“, so Kleideiter. Dies sei häufig nur sehr eingeschränkt gegeben und müsse sich ändern. Zusätzlich gäbe es ein Übermaß an „Projekt-Aktivismus, der uns zermürbt.“ Die Förderungen haben nur eine gewisse – zu kurz angelegte – Laufzeit und danach müsse man sie lyrisch umschreiben, damit gute Konzepte und Projekte für eine neue Idee passend seien. „Es gibt eine teilweise unsägliche Förderstruktur. Meine Bitte ist, dass wir zu einer Verstetigung für gute und bewährte Ansätze kommen.“, so Kleideiter.

Auch Petra Broistedt wünscht sich eine Verstetigung des Programms „Gute Nachbarschaft“, vor allem aber auch eine interdisziplinäre Förderung für die Stadtentwicklung, neben flankierender Sprachförderung. An die Politik richtet sie den Appell: „Meine Bitte ist es, dem Wissenschaftsminister den



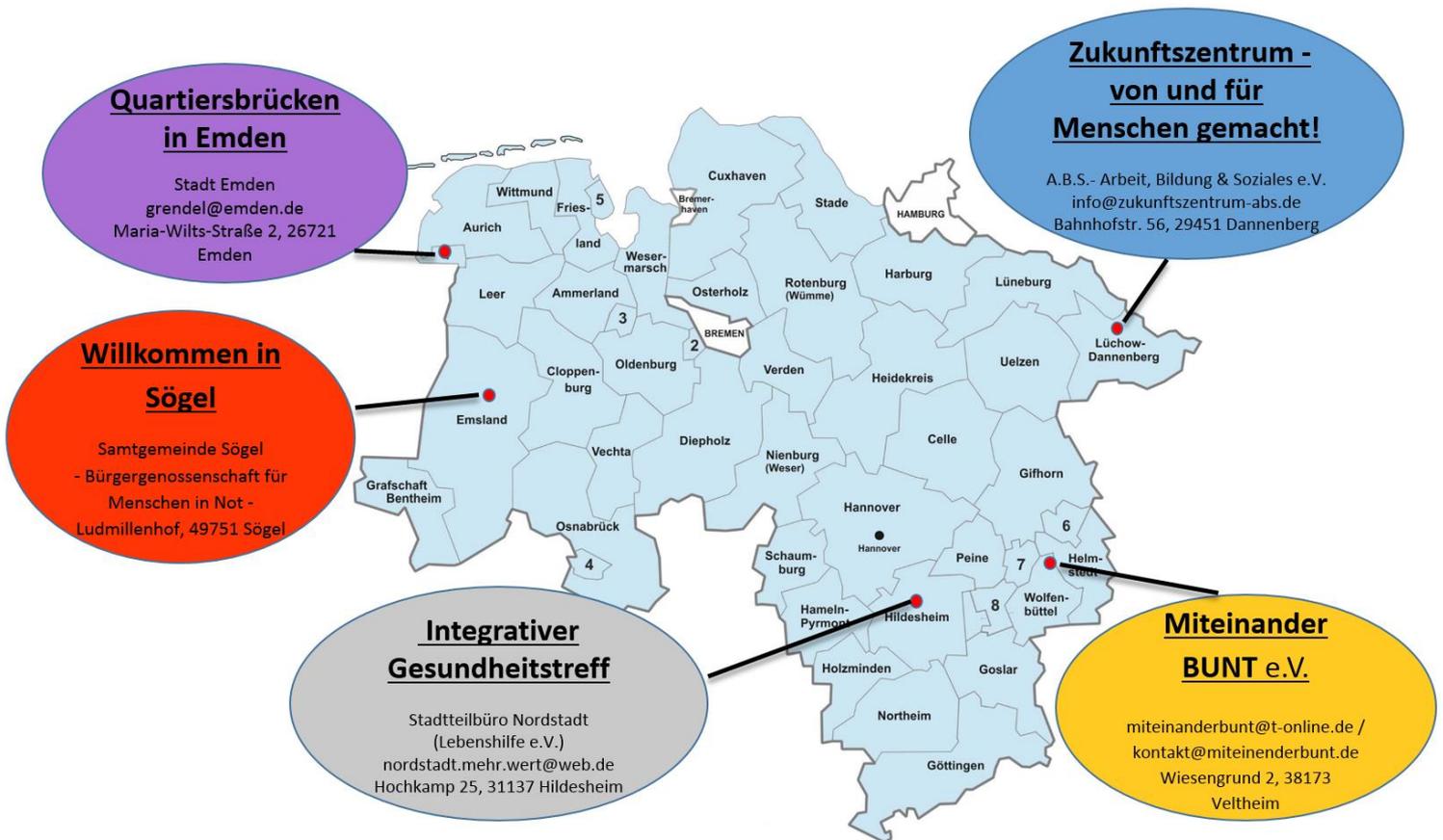
Rücken zu stärken, dass er auch im kommenden Jahr Sprachfördermittel in der bisherigen Größenordnung einstellt.“

Lorenz Hansen brachte die Idee eines Bindeglieds zur Sprache. „Wer einmal mit einem Geflüchteten zur Behörde gehen musste, wird feststellen, dass es schwer ist, so ein Formular auszufüllen. Das können wir kaum.“ Man habe dazu eine Mediatorin im Unternehmen eingestellt, um solche formalen Hürden zu meistern.





Kontakte zu den Projekten und Mitwirkenden der Konferenz:



Veranstalter:

Geschäftsstelle des Bündnisses „Niedersachsen packt an“  
i.V. für das Bündnis:  
Niedersächsische Staatskanzlei, Planckstraße 2, 30169 Hannover  
Roland Irek, Leiter der Geschäftsstelle  
Telefon: 0511/120-6909  
Email: buendnis@niedersachsen.de

Weitere Informationen:  
[www.niedersachsen-packt-an.de](http://www.niedersachsen-packt-an.de)